

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 848 pbbn d

## Inhalt

Rainer Offergeld MdB, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, begrüßt Robert Mugabe: Simbabwe kann auf unsere praktische Solidarität bauen. Seite 1

Peter Glotz wirft alten Geld-Eliten und Neo-Konservativen vor, von der Krise profitieren zu wollen: Die Essers, Rodenstocks und Vilmars. Seite 3

Anke Fuchs MdB legt Thesen zum Thema "Einkommen nach der Erwerbstätigkeit" vor: Alterssicherungen harmonisieren. Seite 4

Dietrich Sperling MdB beschreibt die Wohnsituation der Älteren: Besonders große Fortschritte. Seite 5

### Dokumentation

Egon Bahr bei der Verleihung des Gustav-Heinemann-Bürgerpreises: Sich aus alten Denkschablonen befreien (Teil I). Seite 6

37. Jahrgang / 97

24. Mai 1982

Im Blickpunkt der Weltöffentlichkeit

Simbabwe kann auf unsere praktische Solidarität bauen

Von Rainer Offergeld MdB  
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Heute kommt Robert Mugabe, Premierminister der Republik Simbabwe, in die Bundesrepublik. An seine Person sind Hoffnungen und Ängste geknüpft. Die Weltöffentlichkeit blickt aufmerksam nach Salisbury, jetzt Harare: Wie wird es weiter gehen? Wird das "Modell Simbabwe" glücken - und einen Weg weisen können aus dem Dilemma des noch immer von Rassenkonflikten zerrissenen südlichen Afrikas?

Gelegentlich lohnt es sich zurückzublicken: Es ist nur wenig mehr als zwei Jahre her, daß die Bilder eines unerbittlichen Bürgerkrieges im rhodesischen Busch über unsere Fernsehschirme liefen. Niemand glaubte mehr an eine friedliche Lösung. Doch dann endete der Krieg 1979 am Verhandlungstisch in London. Die ersten freien und allgemeinen Wahlen wurden vereinbart. Rund 94 Prozent der Wähler gingen zu den Urnen - eine erstaunlich hohe Zahl. Die Afrikanische Nationalunion von Simbabwe - Patriotische Front (ZANU-PF) ging als überwältigender Sieger aus den Wahlen hervor. Robert Mugabe wurde der erste Ministerpräsident der Republik Simbabwe.

Zehn Jahre lang hat er in rhodesischen Gefängnissen gesessen. Er hat einen hartnäckigen und erbitterten Guerilla-Kampf gegen das weiße Siedler-Regime geführt. Am Tag der Wahl war er am Ziel: Simbabwe war frei und unabhängig.

Als Robert Mugabe sein Amt antrat, stand er vor fast unlösbar erscheinenden Aufgaben: den inneren und äußeren Frieden Simbawes zu sichern. Er hat die Probleme tatkräftig angepackt. Mit seiner Politik der "nationalen Versöhnung" hat er den einzig richtigen Weg beschritten: Ausgleich und Verständigung statt Vergeltung und Haß.



230.000 Menschen waren durch den Krieg vertrieben worden. Sie mußten wieder angesiedelt werden. Das zerstörte Land mußte wieder aufgebaut werden. Die Folgen jahrzehntelanger Benachteiligung und Unterdrückung der schwarzen Bevölkerungsmehrheit mußten überwunden werden. So besaßen in Rhodesien nur 6.000 weiße Farmer 46 Prozent des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens. 700.000 schwarze Familien (oder knapp zwei Drittel der Gesamtbevölkerung) mußten sich den Rest des Landes teilen. Wer je als Politiker versucht hat, Wohlstand gerechter zu verteilen, weiß, vor welchen Problemen Mugabe stand und steht.

Zielstrebig und mit Augenmaß versucht Mugabe, Simbabwe zu einem modernen, sozial gerechten Staat zu machen. Er hat die Mindestlöhne angehoben und gleichzeitig Höchstlöhne festgesetzt, um die jahrzehntelange Ausbeutung des alten Rhodesiens zu beenden. Er hat die Pforten weißer Schulen für Kinder schwarzer Eltern geöffnet und das Schulgeld abgeschafft. Er hat dafür gesorgt, daß auch Schwarze an die Schalthebel der Macht in Regierung und Verwaltung rücken. Robert Mugabe hat dies alles zu erreichen versucht, ohne die wirtschaftliche Basis des Landes zu zerstören. Er muß hohe Erwartungen seiner Wähler und das ökonomisch und politisch Machbare auf einen Nenner bringen. Dies ist bei uns schon schwierig genug. Wer das im südlichen Afrika erreichen will, muß einen langen Atem haben.

Die Bundesregierung gehörte zu den ersten Regierungen, die Simbabwe nach der Unabhängigkeit Hilfe für den Wiederaufbau und die Entwicklung des Landes anboten. Im Juli 1980 unterzeichnete ich ein Abkommen über finanzielle Zusammenarbeit. Allein 12.000 Kilometer Straßen in den Siedlungsgebieten der schwarzen Bevölkerungsmehrheit und rund 200 Brücken wurden mit unserer Hilfe bisher repariert oder neu gebaut. Insgesamt erhielt Simbabwe bisher Zusagen über Kredite und Zuschüsse in Höhe von 226 Millionen DM.

Bereits vor der Unabhängigkeit hatte die Bundesregierung die Zusammenarbeit mit der Bevölkerungsmehrheit Simbawes gesucht. Gegen den Widerstand der Opposition wurden das Gespräch mit der Befreiungsbewegung aufgenommen und praktische Hilfe angeboten: Schon 1978 wurden junge Simbaber - damals noch Flüchtlinge - in Deutschland und afrikanischen Staaten mit deutscher Hilfe beruflich ausgebildet. Die ersten von ihnen haben kürzlich die Bundesrepublik wieder verlassen - mit dem Geleitzbrief in der Hand. Nun arbeiten sie als vielgesuchte Fachleute in ihrer Heimat beim Aufbau ihres Landes mit.

Simbawes weiterer Weg hat entscheidende Bedeutung für die Zukunft des südlichen Afrika. Simbabwe wird auch in Zukunft auf praktische Solidarität der Bundesrepublik bauen können.

(-/24.5.1982/bgy/ca)

+ + +



Die Essers, Rodenstocks und Vilmars  
-----

Alte Geld-Eliten und Neo-Konservative wollen von der Krise profitieren

Von Dr. Peter Glotz

SPD-Bundesgeschäftsführer

Die sozial-liberale Bundesregierung und insbesondere die SPD sehen sich gegenwärtig einer konzertierten neo-konservativen Herausforderung gegenüber. Ihre Wortführer sind Männer wie der Arbeitgeberpräsident Esser, BDI-Präsident Rodenstock oder der Ärztekammerpräsident Vilmar. Ihre politischen Nutznießer sollen offenbar die Unionsparteien sein.

Es geht ihnen, wie Esser kürzlich auf einer Geschäftsführertagung seines Verbandes in Travemünde sagte, um eine "Reform des Sozialstaates". Gemeint war damit unzweifelhaft ein unbarmherziges Zurückschneiden nahezu sämtlicher Sozialleistungen dieses Staates. Rodenstock und Vilmar haben diese Forderung mit massiven Angriffen auf die Bundesregierung begleitet und vor allem der Industriepräsident hat dabei den bösen Schein erweckt, die Unternehmer sollten erst wieder kräftig investieren, wenn es zu einem Machtwechsel in Bonn gekommen sei.

Diese Auseinandersetzung ist also handfest und längst kein bloß wirtschaftstheoretischer Streit mehr. Sie geht in ihrer Generallinie quer durch die westlichen Industrienationen: Die alten Geld-Eliten und die Neo-Konservativen sind allerorten darauf aus, die weltwirtschaftliche Krise zu Umverteilung und Abbau von Arbeitnehmerrechten zu nutzen.

In Essers Manuskript stößt man für diese Feststellung auf verräterische Spuren. Der Verteilungskampf, so sagt er allen Ernstes, gehe nicht mehr vornehmlich zwischen Kapital und Arbeit, sondern zwischen Fiskus und Arbeit beziehungsweise den Beziehern von Arbeitseinkommen. Dies ist eine unverhüllte Kampfansage an den Sozialstaat (und übrigens auch an die Gewerkschaften, die Esser provokativ zu "Anspruchsgruppen" und "Mitverursachern von Arbeitslosigkeit" erklärt) und zugleich ein atemberaubendes Ablenkungsmanöver: Bezeichnenderweise spricht der Arbeitgeberpräsident an keiner Stelle von dem, was denn die Besserverdienenden und die Unternehmer an "Verzicht" leisten könnten, beispielsweise im Bereich der Subventionen und Steuervergünstigungen, den er den Arbeitnehmern an allen Ecken und Kanten zumutet.

Das alles spielt zu einer Zeit, in der - wie auch Esser einräumen muß - das Ende der wirtschaftlichen Talfahrt für die Bundesrepublik sichtbar werden könnte und die Zeichen für einen Wiederaufstieg günstig stehen - wenn uns andere nicht noch herunterziehen. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft hat zu außergewöhnlichen Exporterfolgen und einem noch vor kurzem für unmöglich gehaltenen Abbau des Leistungsbilanzdefizits geführt. Die erwiesene Lohnzurückhaltung der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften hat dazu wesentlich beigetragen. Wären aber die sozialen Kosten in der Bundesrepublik durchweg zu hoch, so wäre die jetzt wieder bestätigte Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft nach außen nicht gegeben.

Dies rechtfertigt den Vorwurf: Arbeitgeberpräsident Esser und seinen Mitstreitern Rodenstock und Vilmar geht es um die Umverteilung der Einkommen zugunsten der Vermögenden nach den in Großbritannien und in den USA erkennbaren Mustern. Die Einkommen von Arbeitslosen und Kranken sollen "zugeschnitten", die großen Lebensrisiken wieder privatisiert werden; mit der Angst vor der sozialen Not soll Macht ausgeübt werden. Die Sozialdemokratie lehnt eine solche Politik entschieden ab, weil sie das soziale Klima, die politische Stabilität und die Solidarität der abhängig beschäftigten Arbeitnehmer im Kern gefährdet. Unser Ziel bleibt es, zäh für die Wiedererringung der Vollbeschäftigung zu kämpfen, das System der sozialen Sicherung zu erhalten und im Zeichen von Wachstumsschwächen notwendige Korrekturen sozial verantwortlich vorzunehmen. Schlichte Umverteilungsaktionen zugunsten des alten Geldes oder der Ellenbogenstarken sind mit uns nicht zu machen. Auch diese Schichten, auf die Essers, Rodenstocks und Vilmars haben ihren Beitrag zur Beschäftigung und zur Stabilität zu leisten. (-/24.5.1982/bgy/ca)

+ + +

Alterssicherungen harmonisieren

Thesen zum Thema "Einkommen nach der Erwerbstätigkeit"

Von Anke Fuchs MdB

Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit

Die Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung haben sich seit den Anfängen der Sozialversicherung von einem Zubrot zu einer echten Lohnersatzleistung entwickelt. Auch seit der Rentenreform 1957 sind die Renten erheblich gestiegen. Heute erhalten Männer in der Arbeiterrentenversicherung eine durchschnittliche Rente von 1.085 DM; in der Angestelltenversicherung sind es 1.496 DM.

Probleme ergeben sich für Versicherte, die während ihres Erwerbslebens unterdurchschnittlich verdient oder nur unregelmäßig Beiträge bezahlt haben. Hierbei handelt es sich in erster Linie um Frauen. Frauen erreichen heute eine Rente von durchschnittlich 377 DM in der Arbeiterrentenversicherung und eine Rente von 699 DM in der Angestelltenversicherung. Diese Lücken in der Versicherungsbiographie der Frauen müssen verringert werden. Ein Instrument dazu ist die Weiterführung der Rente nach Mindesteinkommen und die Berücksichtigung von Zeiten der Kindererziehung.

Das Prinzip der Bruttolohnbezogenheit der Renten hat sich bewährt. Es geht darum, das geltende System zu bewahren, weiter zu entwickeln und den sich ändernden gesellschaftlichen Gegebenheiten anzupassen. Dazu ist die Beteiligung der Rentner an den Kosten ihrer Krankenversicherung ab 1984 vorgesehen. Dies bedeutet, daß der Rentenzuwachs 1984 um ein Prozent gekürzt wird.

Schwierigkeiten ergeben sich aus der Zersplitterung der Alterssicherungssysteme. Ein Drittel aller Rentner erhält derzeit betriebliche Zusatzleistungen. Zwei Drittel aller aktiven Arbeitnehmer haben Zusagen von Leistungen der betrieblichen Altersversorgung.

Die grundrechtlich abgesicherte Beamtenversorgung beruht auf eigenständigen Grundsätzen. Aber auch die Beamtenversorgung kann bei veränderten ökonomischen und demographischen Daten nicht völlig unberührt bleiben.

Die Weiterentwicklung der Alterssicherung macht es notwendig, die Unterschiede in den einzelnen Alterssicherungssystemen kritisch zu beleuchten und da, wo sie ungerechtfertigt sind, im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten Schritt für Schritt zu verringern (Harmonisierung der Alterssicherungssysteme).  
(-/24.5.1982/vo-ha/ca)

+

+

+



### Besonders große Fortschritte

---

Die Wohnsituation der Älteren hat sich überdurchschnittlich verbessert

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für  
Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Der Anteil älterer Menschen an der Bevölkerung der Bundesrepublik wächst. Circa jeder vierte Haushalt ist heute ein sogenannter "Altenhaushalt". Wirtschaftlicher und sozialer Wandel haben dazu geführt, daß der Anteil der älteren Menschen, die in Ein- und Zweipersonenhaushalte leben, steigt und bei knapp 75 Prozent liegt.

Wir müssen davon ausgehen, daß nicht nur die Qualität der Wohnung, sondern auch die des Wohnumfeldes, der näheren Umgebung der Wohnung, für ältere Menschen aufgrund ihrer Lebenssituation, ihres Zeitbudgets und vielleicht auch aufgrund der etwas geringeren räumlichen Mobilität eine besondere Bedeutung hat.

Ältere Menschen wohnen etwas häufiger als Durchschnittshaushalte in Sanierungsgebieten, in Altbauten und in schlechter ausgestatteten Wohnungen. 20 Prozent der Altenhaushalte hatten 1978 noch Wohnungen mit einer schlechten Ausstattung.

Bei den notwendigen und in breitem Umfang auch eingeleiteten oder bereits erfolgten Maßnahmen zur Verbesserung dieser Situation ist es besonders wichtig, daß die älteren Mitbürger in ihrer gewohnten und vertrauten Umgebung bleiben können. Dieses Ziel ist durch die Forderung zu ergänzen, alten Menschen in einer möglichst durchmischten Umgebung und nicht in sozialer Isolierung Wohnungen zu geben.

In der Wohnungsversorgung älterer Menschen sind in den letzten 15 Jahren ganz erhebliche Verbesserungen erreicht worden. Besonders groß waren die Fortschritte in der Verbesserung der Wohnungssituation in den 70er Jahren, genau bis '78. Die Verbesserung für die alten Mitbürger waren auch etwas größer als beim Durchschnitt der Bevölkerung. Mangel scheint es für ältere Menschen, die in Großstädten leben, aber im Bereich des Wohnumfeldes zu geben: Hier wird häufig über Verkehrslärm und die relative Ferne von Grünanlagen und Parks geklagt.

Politisch sind aus dem Gesagten einige Schlußfolgerungen zu ziehen:

- Wichtig ist für ältere Menschen, die meistens schon sehr lange in ihrer Wohnung und/oder in ihrem Viertel wohnen, der Schutz vor Verdrängung. Hier hilft das Mietrecht. Wir werden dafür sorgen, daß es in seinem Kern unangetastet bleibt und da, wo erforderlich, zum Beispiel in Fällen von Umwandlung oder übertriebener Modernisierung, verbessert wird.
- Um die Mietbelastung in Grenzen zu halten, haben wir das Instrument des Wohngeldes, das gezielt und einkommensbezogen denen hilft, die Unterstützung brauchen. Zwei Drittel aller Wohngeldempfänger sind Rentner und Pensionäre.
- Ältere Menschen leben nicht nur in ihrer Wohnung. Wohnumfeldgestaltung und verkehrsberuhigende Maßnahmen in innerstädtischen Bereichen tragen nicht nur dem Bedürfnis nach weniger Lärm und mehr Verkehrssicherheit Rechnung, sondern auch dem Bedürfnis nach sozialen Kontakten. Gerade ältere Menschen spüren, wie wichtig es ist, Straßen von der Verkehrsachse wieder zum Lebensraum, zur Wohnstraße, zu machen.
- Ich möchte nicht beschönigen: Es gibt noch Mängel in der Wohnungsversorgung älterer Menschen und eine nicht kleine Zahl älterer Menschen, die in unzureichenden Wohnverhältnissen lebt. Das allgemeine Versorgungsniveau ist jedoch hoch. Die Mängel sind örtlich und regional begrenzte Probleme, die abgesehen von Mieterschutz und Wohngeld nur gezielt durch örtliche und kommunale Maßnahmen beseitigt werden können. Dabei müssen vielleicht auch neue Instrumente erprobt werden, etwa in dem eine Gemeinde sich Belegungsrechte im Wohnungsbestand zugunsten älterer Mitbürger sichert beziehungsweise "kauft". Nur vor Ort läßt sich letztlich sicherstellen, daß die älteren Menschen nicht abgedrängt werden, sondern so wohnen, daß sie ihre sozialen Kontakte pflegen können und eine bessere Chance haben, an der Gemeinschaft teilzunehmen.

(-/24.5.1982/vo-he/ca)

DOKUMENTATION

Der SPD-Rüstungskontrollexperte Egon Bahr hat anlässlich der Verleihung des Gustav-Heinemann-Bürgerpreises an ihn am Wochenende in Rastatt folgendes Referat gehalten, das wir in zwei Teilen dokumentieren:

Sich aus alten Denkschablonen befreien  
-----

Alle wollen Sicherheit. Dieser elementare Wunsch existiert, seit es Geschichte gibt. Um sicher zu sein, mußte man stark sein. Noch sicherer war, wer Verbündete gewann. Am sichersten war man natürlich, wenn man den potentiellen Gegner besiegte, also die Gefahr für sich ausschaltete. Der potentielle Gegner dachte und rüstete und handelte genauso. Das Ergebnis war die Geschichte der Kriege. Heute leben wir im Zeitalter der gesicherten gegenseitigen Vernichtung, der Mutual Assured Destruction, wie das die Amerikaner genannt haben. Diese Fähigkeit hat den Sieg und die Hoffnung auf Sieg ausgelöscht. Abstrakt weiß man das. Das wirkliche Verhalten entspricht aber immer noch dem traditionellen Denken. Wir erleben Diskussionen über einen ersten Schlag, einen Überraschungsangriff, den Vorteil des ersten Gebrauchs von Atomwaffen, über die Begrenzbarkeit von Kriegen und ihre Führbarkeit. Alle diese Diskussionen finden ihren Sinn in der verzweifelten Rechnung, wenn nötig den Krieg auch gewinnen zu können. Die Hoffnung, Krieg zu verhindern, sucht zu ihrer Rückversicherung seine Vorbereitung und die Fähigkeit ihn zu führen und zu gewinnen. Die klassische Formel: Wenn du den Frieden willst, bereite den Krieg vor, hat, seit sie geprägt wurde, buchstäblich Tausende von Kriegen nicht verhindert. Bisher konnten alle Schäden repariert werden, die der Krieg verursachte. Die unersetzlichen Menschenleben, die wir nicht vergessen wollen, deckte die Zeit zu. Ein atomarer Krieg wäre etwas grundsätzlich anderes. Er könnte das Leben der Menschheit auslösen. Der atomare Krieg ist irreparabel. Irrtümer wären nicht mehr korrigierbar. Deshalb ist es oberstes Ziel, politisch wie ethisch, vor Gott und den Menschen, das Ende der Menschheit zu verhindern. Es gibt keinen Wert, der darüber geht, kein Prinzip, das höher steht, kein Interesse, das nicht untergeordnet werden müßte.

Kommunisten und Kapitalisten, Gläubige und Ungläubige, Reiche und Arme aller Hautfarben haben sich diesem ersten Gebot des menschlichen Lebens unterzuordnen. Der Friede ist Pflicht, hat der Papst gesagt. Vom Ernstfall des Friedens sprach Gustav Heinemann und meinte das gesellschaftspolitische Verhalten für unseren Staat; Heinemanns Wort gilt buchstäblich global. Alarmiert haben wir erlebt, daß innerhalb weniger Stunden die Frage, ob eine Inselgruppe künftig Falkland oder Malvinen heißt, auch 1982 noch nationalistische Stimmungen entfachen kann, die nach der Verhältnismäßigkeit der Mittel wenig fragen. Aber schlimm wird die Sache, wenn in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung diese Haltung verherrlicht und verabsolutiert wird; wenn dieses Blatt, was der National- und Soldatenzeitung würdig wäre, Friedensmentalität verächtlich zur winselnden Harmlosigkeit degradiert und mit Machtverzicht und politischer Raumlere gleichsetzt.

Wer uns England als Beispiel vorhält und zum Muster europäischer Zivilisation und Prinzipienfestigkeit erklärt, setzt die Gesetze des nuklearen Zeitalters außer Kraft. Denn folgerichtig müßte er fordern: Das Prinzip des Selbstbestimmungsrechts gilt für die Deutschen sicher nicht weniger als für die Falkländer. Und warum soll dann Japan noch zögern, es gegenüber den Kurilen anzuwenden? Was hindert die Nato, ihre Prinzipien in der Türkei durchzusetzen oder sie Solidarnosc durchsetzen zu helfen? Es ist eine Beleidigung aller Deutschen, ihnen Prinzipienlosigkeit oder Krämergeist vorzuwerfen, weil wir berechnete nationale Wünsche und das Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Pflicht zum Frieden untergeordnet haben. Es gibt keine Ziele und keine Interessen, die anders als im Frieden und anders als mit den Mitteln des Friedens verfolgt werden dürfen. Es sei denn, wie im Falle Argentinien und der britischen Reaktion darauf, daß beide glauben, sich den grausamen Luxus eines garantiert nicht-nuklearen Konflikts noch einmal leisten zu können, Europa kann und darf das nicht.

Der Wille zum Frieden darf nicht als Bereitschaft zur Unterwerfung mißverstanden oder verleumdet werden. Der Wille zum Frieden erstrebt eine Welt, in der sich jedes Volk in Sicherheit und in Respekt vor seinen Nachbarn entwickeln kann, eine Welt, in der es ideologische Auseinandersetzungen gibt, die mit vielen Mitteln, aber jedenfalls nicht mit denen des Konflikts und der Gewalt ausgetragen werden dürfen. Bis zu diesem Zustand ist es wohl noch ein weiter Weg.

Friedenssicherung durch Kriegsvorbereitung ist abgelöst worden durch die Doktrin der Abschreckung. Dies ist ein Fortschritt. Die nuklearen Rüstungen in Ost und West sollen Krieg nicht vorbereiten, sondern verhindern. Aber es gibt unterschiedliche Doktrinen der Abschreckung. Die Nato-Strategie der flexiblen Antwort will die Abschreckung auf allen denkbaren Stufen eines Angriffs, konventionell, strategisch und interkontinental wasserdicht, also lückenlos machen. Diese Strategie kann nicht verhindern, daß sie im Kern das Anhalten auf jeder Stufe beinhaltet. Das ist sogar erwünscht. Sie findet ihren Sinn in der Hoffnung auf Begrenzbarkeit, falls die Abschreckung nicht funktioniert.

Die sowjetische Strategie lehnt die Möglichkeit der Begrenzbarkeit ab und kündigt die globale strategische Antwort an. Sie verfolgt also die massive politische Abschreckung. Auf Seiten des Westens lückenlose, aber in Stufen unterscheidbare Abschreckung oder die totale Abschreckung auf Seiten des Ostens - die Menschheit wird hoffentlich nie die Erfahrung machen müssen, welche der beiden Strategien sich durchsetzt.

Die Nato hatte einmal die Strategie der massiven Vergeltung, ohne Zweifel eine höchst wirksame Abschreckung, solange die Sowjetunion nicht in der Lage war, Amerika durch Atomraketen zu erreichen. Sie wurde abgelöst mit dem Hinweis, daß nicht länger glaubwürdig wäre, Amerika würde seine Existenz aufs Spiel setzen für den Fall eines regional begrenzten sowjetischen Angriffs. Die Doktrin der Abschreckung heißt: Nur wenn ich bereit bin, meine eigene Existenz zu wagen, mit dem Druck auf den atomaren Knopf, werde ich nicht nötig haben, das zu tun. Das Gleichgewicht des Schreckens, die gegenseitig gesicherte Zerstörung, hat funktioniert.

Es war logisch, wenn nach dem Ende der massiven Vergeltung immer kleinere Atomwaffen entwickelt wurden, Systeme begrenzter Wirksamkeit, zielgenau auf dem überschaubaren Gefechtsfeld benutzbar. Diese Waffen haben nicht nur die Zerstörungskraft der großen strategischen Waffen verkleinert, sondern auch den Schrecken vor ihnen. Die Miniaturisierung von nuklearen Waffen birgt die Gefahr der Miniaturisierung der Abschreckung. Die Senkung der atomaren Schwelle, die besonders bei der Einführung von Neutronen-Waffen möglich würde, könnte technisch und politisch die Neigung verstärken, auf ihre Benutzbarkeit zu hoffen, ohne die große Katastrophe befürchten zu müssen. Es handelt sich also um eine Entwicklung, die gerade in Europa sogar ungewollt die Abschreckung mindern und damit die Gefahr eines Krieges vergrößern könnte.

Abschreckung enthält zwei Elemente: Das eine Element ist das der gegenseitigen Abhängigkeit. Man ist auf den Gegner fixiert, mit dem Gegner in dem gemeinsamen Ziel der Kriegsverhinderung durch Abschreckung verbunden. Gleichzeitig enthält Abschreckung das andere, das klassische Element. Man muß alle Optionen des Gegners haben, wenn möglich bessere, mit Vorteilen, um für den Fall, daß Abschreckung nicht funktioniert, Krieg wirklich führen zu können. Ohne diese Fähigkeit würde Abschreckung natürlich nicht funktionieren. Mir scheint die Idee der Abschreckung eine Übergangstheorie zu sein. Sie will Kriegsverhinderung mit der Führbarkeit von Kriegen verbinden, falls doch Krieg nicht zu verhindern wäre. In diesem inneren Widerspruch liegt auch eine Gefahr. Man könnte überspitzt sagen: Nicht die Idee der Abschreckung, sondern der Schrecken der Waffen selbst hat den nuklearen Krieg verhindert. Wenn die Waffen durch die Begrenzbarkeit ihrer Zerstörungskraft den Schrecken vor sich mindern, wird auch die Wirksamkeit der Abschreckung gemindert werden.

Im Zeitalter der gegenseitig gesicherten Zerstörung ist Sicherheit nicht mehr vor dem Gegner, sondern nur noch mit ihm zu erreichen. Die Gegner wären im Untergang vereint; sie können nur gemeinsam überleben. Das nukleare Zeitalter verlangt die Doktrin der gemeinsamen Sicherheit.

Gemeinsame Sicherheit verlangt das Umdenken, den Gegner als Partner zu akzeptieren, weil und nachdem er durch Gewaltanwendung nicht mehr zu besiegen ist. Daß die Gegner Partner von Rüstungskontroll-Verhandlungen sind, ist schließlich unbestreitbar. Erstaunlich, daß die Union den Bundeskanzler wegen einer solchen Feststellung angreift. Wenn Reagan mit Breschnew über die Begrenzung strategischer Waffen redet, dann sind beide Partner. Das bedeutet nicht, daß Reagan Kommunist und Breschnew Demokrat werden muß. Es bedeutet auch nicht, daß die beiden ihre Verbündeten vergessen. Die globale Partnerschaft zur Verhinderung eines interkontinentalen nuklearen Krieges geht allen Bündnissen vor. Die Bündnisse bleiben auch unentbehrlich, da niemand weiß, ob die Partnerschaft funktionieren wird. Bisher ist es so, daß jeder der beiden Partner seinen Vorteil sucht; denn sie sind Partner aus Zwang und nicht aus Neigung. Fast alle bisherigen

Rüstungskontroll-Verhandlungen und -Vereinbarungen haben darunter gelitten, daß beide Seiten sich Vorteile zu verschaffen suchten, indem sie Lücken ließen, um ihre Stärken weiter zu entwickeln oder ihre Schwächen auszugleichen.

So ist geschehen, daß bei der Vereinbarung über Salt II zum Beispiel Raum blieb für die Entwicklung seegestützter Marschflugkörper, auf beiden Seiten. Dieses Rennen hat begonnen. Die Amerikaner entwickeln viele Hunderte davon und die Russen tun das Gleiche. Wir stehen vor einer Phase, in der beide Seiten sich Mittel verschaffen, die das Territorium des anderen erreichen können, ohne vom eigenen abgeschossen zu sein. Dies ist deshalb so gefährlich, weil es bei seegestützten Cruise Missiles keinen rüstungskontrollpolitischen Ansatz oder irgendeine verlässliche Verifizierung gibt. Der "Fortschritt" wird abermals destabilisieren und weniger statt mehr Sicherheit bringen, außer beide Seiten verzichten auf einen solchen Fortschritt.

Abschreckung enthält etwas Sicherheit mit dem Gegner, aber mehr Sicherheit vor dem Gegner. Deshalb wird Abschreckung allein niemals geeignet sein, die weitere Aufrüstung zu stoppen. Aber gerade dieser Stopp ist nötig, in erster Linie aus Sicherheitsgründen, aber dann auch aus wirtschaftlichen. Wir sehen doch schon heute, daß nicht einmal Amerika in der Lage ist, alles zu bezahlen, was es bestellt hat und was seine Industrie produzieren könnte. Wir destabilisieren unsere Gesellschaft mit einer Rüstung, die nur durch soziale Kürzungen finanzierbar wird. Und wenn damit nicht einmal mehr Sicherheit produziert wird, so destabilisieren wir unsere Gesellschaft, weil die Rebellion gegen die doppelte Unlogik einer solchen Politik logisch wird und als einziger Ausweg erscheint. Der unentbehrliche Konsens zwischen Bevölkerung und Regierungen, wenn Demokratie funktionieren soll, wird gefährdet, wenn sich der Eindruck ergibt, daß Regierungen Gefangene alter Beschlüsse geworden sind, unfähig zu erkennen, daß falsch wurde, was gestern richtig war, zu schwach, um sich aus alten Denk-Schablonen zu befreien und in die berühmten Speichen des Rades zu greifen. Manche merken noch gar nicht, daß die Routine der alten Methodik von Verhandlungen und Rüstungen und Teilerfolgen bei Verhandlungen, aber vollen Erfolgen bei Rüstungen in das Herz, nämlich in die Glaubwürdigkeit unserer westlichen Gesellschaft und ihrer Werte führt. Weder durch Repression noch durch Betrug, weder durch Polizei noch durch Beschwichtigung ist das Fehlen eines Konsens über Sinn unserer Verteidigung und über die Perspektive unserer Sicherheit zu ersetzen.

Mindestens ein Viertel der gesamten amerikanischen Intelligenz arbeitet für die Rüstungsindustrie. In der Sowjetunion werden es wohl mehr sein. Auf beiden Seiten sicher nicht die Schlechtesten. Denn jedenfalls in Amerika kann sich die Rüstungsindustrie, weil sie auf Geld weniger Rücksicht zu nehmen braucht, die Besten leisten. Es ist ja auch viel interessanter, über neue Möglichkeiten im Weltraum zu tüfteln und zu experimentieren, als Kühlschränke und Plättisen zu verbessern. Die Tatsache übrigens, daß Japan in den letzten 30 Jahren seine Intelligenz praktisch ausschließlich auf die Verbesserung der zivilen Produktion gelegt hat, ist neben anderen Faktoren sicher eine Ursache dafür, daß japanische Waren nicht nur billiger, sondern auch auf einer ganzen Reihe von Gebieten besser als amerikanische und europäische geworden sind. Es wäre interessant, dem Gedanken nachzugehen, ob nicht ein Konzept daraus wird, sich systematische Vorteile für friedliche Produktion zu verschaffen, die dann voll wirksam werden, wenn der Aufwand anderer sich auszahlt, den Frieden durch Rüstung zu erhalten.

Aber wozu über etwas nachdenken, worüber unsere japanischen Freunde längst nachgedacht haben? Wichtiger ist, daß die Suche der auf Rüstung konzentrierten menschlichen Intelligenz explosive Ergebnisse hat. Die Entwicklung neuer Waffen-Systeme wächst schneller als die Fähigkeit, sie zu beherrschen. Die Wissenschaft kann dafür Computer einsetzen, die Politik bleibt im wesentlichen auf die Aufnahmefähigkeit der Gehirne angewiesen. Die Elektronik steht im Dienst der Technik, aber nicht im Dienst der politischen Überzeugung. Der Mensch ist buchstäblich in der Gefahr, von seiner Technik überwältigt zu werden. Die Zahl der politischen Gehirne, die sich damit befassen, die Gefahren zu bannen, die von anderen objektiv geschaffen werden, hat sich kaum vergrößert; sie ist auch nicht beliebig vermehrbar, weil die politischen Entscheidungsstrukturen im wesentlichen unveränderbar sind. Tausende arbeiten auf der einen Seite und konfrontieren auf der anderen Seite Einzelne, die alle Ergebnisse durchdenken müssen, weil sie entscheiden sollen. Die Tausende sind auf den "Erfolg" fixiert: größere, genauere Zerstörung, Berechenbarkeit, kürzere Flug- und Warnzeiten, Zielgenauigkeit, Ausschaltung gegnerischer Abwehr und menschlicher Schwächen, Ausnutzung der idealen Bedingungen im Weltraum und so fort. Sie machen dabei sogar in der Ausschaltung des Wetters, also der Gegebenheiten unseres Globus, beachtliche Fortschritte. Die anderen sind fixiert auf die Verantwortung, die Not-

wendigkeit, Übereinstimmung mit ihren Wählern herbeizuführen, Geld für Versuche zu bewilligen, deren Ergebnisse sie nicht überschauen können und Ergebnisse der Technik zu lernen, um Gefahren zu erkennen, die objektiv entstehen, damit sie sie subjektiv beherrschen können. Dies ist wirklich ein ungleiches Rennen und die Wahrscheinlichkeit, daß die Politik nicht zum Gefangenen einer unkontrollierten Entwicklung wird, ist bedrückend gering. Man muß Optimist sein, um ihr 50 Prozent zu geben.

Die Wissenschaft und die Politik deshalb zu beschimpfen, wäre falsch, jedenfalls ohne Ergebnis. Ich zweifle, daß ein Appell an die Verantwortung der Wissenschaft Wirkung hätte. Aber jedenfalls ist das Prinzip Verantwortung für die Politik unabweisbar. Wer denn sonst als die Politik soll und muß sich diesem Prinzip als dem Übergeordneten stellen, der Verantwortung, nicht alles zu tun, was möglich ist und technisch geht, der Verantwortung vor den kommenden Generationen, der Verantwortung, die mehr ist und mehr verlangt als das Prinzip Hoffnung. Nicht weniger als diese Dimension ist die Meßlatte für die Entscheidungen, die wir zu treffen haben.

Aber auch dies gilt für beide Seiten. Niemand darf glauben, daß die individuelle Aufnahmefähigkeit von Breschnew oder Honecker größer ist als die von Reagan oder Schmidt, daß Quantität oder Qualität derer, die ihnen unmittelbar zuarbeiten und Entscheidungen vorbereiten, sich grundlegend unterscheidet. Wir haben trotz aller Unterschiede der Systeme oder der Wertvorstellungen dieselben Probleme. Es ist leichter, Entwicklungen zu starten als sie zu beherrschen. Auch von dieser Seite her ist ein neuer Ansatz nötig. Die Erkenntnis, daß keine Seite militärisch oder in der Rüstung noch einen Vorteil erringen kann, der nicht kurze Zeit danach auch dem anderen zuwächst, bedeutet: Es gibt nur gemeinsam Sicherheit. Nur wenn dies beide Seiten akzeptieren, werden sie die Kraft finden, gemeinsam das Rennen zu stoppen, ohne daß der eine über den anderen Vorteile gewinnt. Dann wird es zum gemeinsamen Erfolg, die Einführung neuer Waffen-Qualitäten zu stoppen. Dann werden sie auch feststellen, daß das Ganze billiger zu haben ist. Gemeinsame Sicherheit führt zu Abrüstung.

Nun gibt es hier wie in Amerika ein Gefühl dafür, daß alte Rezepte und alte Strategien vielleicht nicht mehr funktionieren. Die SPD hat in München eine Strategie-Debatte beschlossen, in Amerika haben McNamara und andere die Frage aufgeworfen, ob der Westen nicht auf den Erstgebrauch von nuklearen Waffen verzichten sollte. In Frankreich gibt es eine Überprüfung der seit de Gaulle gültigen Strategie. Ich halte das angesichts unserer Probleme für natürlich und richtig und möchte meine heutige Rede als einen Beitrag in dieser internationalen Diskussion verstanden wissen.

Dazu gehört ein wichtiger Orientierungspunkt: Solange ich kein neues Konzept habe, muß das alte gelten. Solange es keine neue Strategie gibt, gilt die alte. Keine tiefgreifenden einseitigen Akte können uns mehr Sicherheit bringen.

Gemeinsame Sicherheit heißt auch, daß wir, in der Bundesrepublik Deutschland, Sicherheit nur im Bündnis und mit dem Bündnis bekommen, mit Amerika und nicht ohne. Gemeinsame Sicherheit ist das Gegenteil von "ohne mich". Der Einzelne kann aussteigen, ein Volk nicht. Nicht einmal Amerika könnte allein auf sich gestellt auf Dauer Sicherheit bekommen. Gemeinsame Sicherheit heißt weder Waffenlosigkeit noch Pazifismus. Gemeinsame Sicherheit braucht Streitkräfte und Verteidigungsfähigkeit. Sie eröffnet, ausgehend vom Zustand wie er ist, die Perspektive, daß der Konflikt zwischen Ost und West durch Waffen und Gewalt nicht mehr ausgetragen werden kann. Das heißt, daß wir in Sicherheit leben und Auseinandersetzungen nur noch mit den Mitteln der Politik, der Wissenschaft, der Zusammenarbeit, des Wettstreits der Besseren stattfinden können.

Gemeinsame Sicherheit muß sich also auch gegen alles wenden, was geeignet sein könnte, das europäische Schicksal vom amerikanischen abzukoppeln oder uns oder den Amerikaner ungleiche Risiken zuzuschleppen. Hier beginnt die Diskussion über den Verzicht auf ersten Gebrauch von Atomwaffen. Diese Möglichkeit hat sich bekanntlich die Nato vorbehalten, weil sie anders nicht glaubt, einen konventionell überlegenen Angriff abschrecken oder gegebenenfalls zum Halten bringen zu können. Der Osten hat mehrfach den gegenseitigen Verzicht auf den Erstgebrauch von Atomwaffen angeboten. Das ist immer abgelehnt worden, wegen der konventionellen östlichen Überlegenheit. (-/24.5.1982/vo-he/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

Vernünftiger Umgang  
mit wertvollen Rohstoffen  
Recycling-Papier

